



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik  
am 26. März 2019  
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

**Aglaja Beyes**

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr**

**Ende: 19:50 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenlisten 07/19, 09/19 und 10/19.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

**Entschuldigt war:**

Stv. Volk-Borowski

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

## öffentliche Sitzung

### Tagesordnung

#### 0013 Tagesordnung

1. Die Punkte 4 und 5 werden nach Punkt 1 aufgerufen.
2. Punkt 11 wird nach Punkt 8 aufgerufen.
3. Ansonsten bleibt die Tagesordnung unverändert.

Einstimmig

#### 0014 Genehmigung der Niederschrift vom 05.02.2019

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 05.02.2019 wird genehmigt.

Einstimmig

#### 0015 16-F-02-0034

Onlinevergabesystem für Bürgerhäuser  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 02.11.2016 -

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht von Herrn Hepp (Leiter Hauptamt), wonach das Vergabeverfahren eingeleitet wurde, zur Kenntnis. Nach seinen Aussagen läuft im Moment auch die datenschutzrechtliche Prüfung. Die Dauer der Prüfung und des Vergabeverfahrens ist zeitlich nicht einschätzbar.

Herr Hepp wird den Ausschuss über die weitere Entwicklung unaufgefordert unterrichten.

#### 0016 17-F-33-0009

Zentrales Bürgerportal  
- gem. Antrag von SPD und CDU vom 10.10.2017 -

Der mündliche Bericht von Frau Rubbel (Ordnungsamt) wird zur Kenntnis genommen. Sie berichtete, dass das Bürgerportal ein Bestandteil des Onlinezugangsgesetzes ist und dass bis 2022 578

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 26. März 2019**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Dienstleistungen online gestellt werden müssen. Insgesamt gibt es allerdings über 6.000 öffentliche Leistungen, so dass noch sehr viel zu tun gibt.

Wiesbaden ist auf Bundesebene an einem Onlineverbund beteiligt und für die Umsetzung eines Teilbereiches verantwortlich, andere Städte übernehmen andere Themenfelder. Frau Rubbel weist darauf hin, dass die technische Landschaft der Städte sehr unterschiedlich ist.

Über den weiteren Verlauf/die aktuelle Entwicklung wird der Ausschuss unaufgefordert unterrichtet.

**0017            19-F-21-0012**

Mobile Payment in der Stadtverwaltung  
- Antrag von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 06.03.2019 -

Stv. Denzer begründet den Antrag.

Herr Elzer von ESWE und Herr Kremer von 20/ITM sind in der Sitzung anwesend und berichten über den Stand des Mobile Payment z. B. bei den ESWE-Bussen, bei denen ein Pilotprojekt kurz vor dem Start steht. Man rechnet damit, dass in ca. 2 Jahren Vollzug gemeldet werden kann, weist aber darauf hin, dass die heutige Infrastruktur die Umsetzung nicht zulässt.

In der Stadtverwaltung gibt es mehrere hundert Kassen. Es gibt auch bereits Onlinebezahlssysteme. Die Technologie sei da und Im Bereich des Standesamtes sei man mit der Umsetzung am weitesten.

Im Moment ist geplant, in den Ortsverwaltungen Onlinebezahlssysteme zu installieren. Wie schnell allerdings flächendeckend die Einführung möglich ist oder ob auf Bargeld generell verzichtet werden kann, ist im Moment nicht absehbar.

Der Antrag von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 06.03.2019 betr.

Mobile Payment in der Stadtverwaltung

hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Der Magistrat wird voraussichtlich in 12 Monaten über die Entwicklung/den Sachstand berichten.

**0018            19-F-03-0001**

Machbarkeitsstudie zur Open Data Schnittstelle OParl  
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 28.01.2019 -

In der heutigen Sitzung sollte über den Mehrwert einer Machbarkeitsstudie diskutiert werden. Herr Simon vom Amt für Statistik und Stadtforschung teilt mit, dass man erst dann dazu Stellung nehmen könnte, wenn der IT-Bereich Vorstellungen formuliert habe.

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 26. März 2019**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Nach eingehender Diskussion, dass es lediglich um eine Machbarkeitsstudie, nicht um die Umsetzung der Open Data Schnittstelle gehe, dass der Nutzen für die Landeshauptstadt Wiesbaden eher gering sein dürfte, dass PiWi ausreiche, wird der Antrag wie folgt abgestimmt:

gegen Bündnis90/Die Grünen, FDP + L&P abgelehnt

**0019 19-A-56-0002**

Berichterstattung Stabsstelle WIEB; u.a.  
Umsetzung der Leitlinien für Bürgerbeteiligung - Einschätzungen aus der Sicht des Ausschusses

Der Bericht von Frau Kotzke und Frau Rösler wird zur Kenntnis genommen und dem Ausschuss digital zur Verfügung gestellt.

Der Ausschuss wird sich in seiner nächsten Sitzung mit den Fragen zur Umsetzung der Leitlinien für Bürgerbeteiligung weiter beschäftigen.

**0020 18-A-56-0002**

Veröffentlichung der Steckbriefe auf [dein.wiesbaden.de](http://dein.wiesbaden.de)

Die dem Ausschuss vorgelegten Steckbriefe werden auf der Seite [dein.wiesbaden.de](http://dein.wiesbaden.de) veröffentlicht.

Einstimmig

**0021 19-A-56-0003**

Antrag auf Bürgerbeteiligung zum Masterplan Schierstein

Dies ist der 1. Antrag dieser Art. Frau Wagner, die als sachkundige Bürgerin zugelassen wird, ist von Seiten der betroffenen Schiersteiner Bürgerinnen und Bürger im Ausschuss anwesend.

Frau Kotzke weist darauf hin, dass dieser Antrag noch kein Steckbrief sein und dieser zu einem späteren Zeitpunkt dem Ausschuss noch einmal vorgelegt wird (voraussichtlich 14.05.19). Auf die Seite [dein.wiesbaden.de](http://dein.wiesbaden.de) kommt der Antrag erst mit der Vorhabenliste.

Der Ausschuss gibt zum Antrag folgendes Votum ab:

Einstimmig

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 26. März 2019

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0022 19-V-61-0002

Bauleitplanung - frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB

Es wird versucht, das Vorhaben zu klären. Frau Kotzke hat den Auftrag des Stadtplanungsamtes erhalten, die neu geplanten Abläufe im Ausschuss zu erläutern und dafür ein Handlungspapier bekommen.

Es kann nicht geklärt werden, ob dieses Papier dem Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr bereits vorab vorgelegen hat.

Es herrscht Unmut darüber, dass im Ausschuss kein kompetenter Ansprechpartner/keine kompetente Ansprechpartnerin des Stadtplanungsamtes anwesend ist und das Verfahren erklären kann.

Unklar ist auch, was an die Stelle der bisherigen Regeln treten soll.

Der Ausschuss sieht sich außerstande, die Sitzungsvorlage abzustimmen und fasst dazu folgenden Beschluss:

- 1. Die Beratung der Sitzungsvorlage wird auf die Sitzung am 14.05.2019 verschoben.*
- 2. Der Magistrat wird gebeten, in der Sitzung am 14.05.2019 für Rückfragen zur Verfügung zu stehen.*

Dies wird wie folgt abgestimmt:

gegen Stv. Weck bei Enth. FDP + AfD

0023 19-V-20-0002

Investitionscontrolling 4. Quartal 2018

Es besteht Einigkeit darüber, dass sich der Ausschuss nicht mehr mit dem Investitionscontrolling beschäftigen möchte.

Es wird vorgeschlagen, im Ältestenausschuss eine Klärung herbeizuführen, ob der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik auf die Beratung verzichten kann.

Die Sitzungsvorlage wird wie folgt abgestimmt:

gegen Stv. Weck

0024 19-V-20-0011

Abschluss eines Microsoft Volumenlizenz-Anschlussvertrages

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

0025      **Verschiedenes**

Zu diesem Punkt wird das Wort nicht gewünscht.

Anlagen

Wiesbaden,                    .04.2019

**Vorsitzender**

**Schriftführerin**

Beyes

Koba